



Ursprünglich erschienen in "denk-doch-mal.de (2010), H. 3"

## Wirtschaft in der Schule? Sie ist schon längst dort!

---



*Von Bernd Kassebaum & Ulrich Nordhaus*

Zur Auseinandersetzung um ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen liegt eine Reihe von Untersuchungen vor. Sie zeigen, wie weit verbreitet die verschiedenen von den Wirtschaftsverbänden, von großen Unternehmen und der Wirtschaft nahe stehenden Initiativen heute sind und mit welcher Selbstverständlichkeit sie agieren und für sich reklamieren, die richtigen Antworten und Angebote geben zu können.

„Wirtschaft“ wird in der Gesellschaft immer selbstverständlicher mit den Interessen der Eigner und den Interessen der Geschäftsleitung, aber immer weniger mit den Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in Verbindung gebracht. Die vielen Kooperationsbeziehungen zwischen Wirtschaft und Schule ziehen nur im Ausnahmefall den Betriebsrat oder die Gewerkschaften ein. Symptomatisch für diese Entwicklung sollen zwei Beispiele genannt werden:

Aus dem Sechs-Punkte-Katalog von BDA und BDI, von 2008 (1), sei die Forderung herausgegriffen, dass Schulbücher stärker als bisher die „Perspektive und Verantwortung von Unternehmern im Wirtschafts- und Arbeitsprozess“ thematisieren sollten, kurz: Die Schulbücher sollen „Mut zum Unternehmertum“ machen. Im gleichen Programm wird die Zusammenarbeit Schule /Wirtschaft in den besten Tönen gelobt und sie als „unverzichtbar“ für die ökonomische Bildung angesehen. Ziel ist ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“ an allgemeinbildenden Schulen.

Es ist kein Zufall, dass die FDP – Fraktion im Deutschen Bundestag parallel zu den Forderungen der Arbeitgeber eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung zu den „Defiziten ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ gerichtet hat. Einen Satz aus der Vorbemerkung der Antragsteller: „Die Darstellung und Auseinandersetzung mit Fragen der Ökonomie ist teilweise durch antikapitalistische Rhetorik, ideologisierte Parteipolitik und einen unverfrorenen Anti – Kapitalismus gekennzeichnet.“ Im nächsten Satz kommt aus dem Sack, was für „Anitkapitalismus“ gehalten wird: „Es wird teilweise suggeriert, Freihandel und globaler Wettbewerb seien grundsätzlich problembehaftet und müssten durch staatliches Eingreifen ‚korrigiert‘ werden.“ (beide Zitate bt-ds 16/9946). Man könnte meinen, dass das unter Sozialwissenschaftlern und Ökonomen selbstverständliche Wissen um Alternativen im System hier dem alternativlosen Festklopfen marktradikaler Theorien geopfert wird!

Zweitens: wer mit Stand vom 07.04.2009 auf die Seiten des IÖB (vgl. [www.ioeb.de](http://www.ioeb.de)) ging, konnte dort einen vielsagenden, schon 2004 für das „Handelsblatt“ verfassten Artikel zur Bedeutung der Eigentumsverfassung für gewinnorientierte Wirtschaftssysteme lesen. Dort spricht sich der Verfasser, Herr Prof. Kaminsky, sehr positiv für die Eigentumsrechte aus, die aus seiner Sicht der eigentliche Motor des Wirtschaftsprozesses seien. Die Eigentumsrechte fänden dort ihre Grenzen, wo „allgemeine Interessen berührt werden (siehe dazu auch Artikel 14 des Grundgesetzes)“. Hebt man das Verb hervor, dann geht es um die „Berührung“. Mehr nicht.

Zur Erinnerung: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“, der in Artikel 14 eindeutige Grenzen zieht. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“. Nun darf man diese sprachliche Übung nicht überbewerten. Aber es verdeutlicht eine Haltung, die auch in anderen Publikationen zum Ausdruck kommt und in der klassischen Betriebswirtschaftslehre und in der Gegenwartswelt des Neoliberalismus nicht unüblich ist: „Wenn es mir gut geht, geht es auch den anderen gut“.

Das IÖB gibt mit dem „Handelsblatt“ eine Unterrichtsreihe zum Thema Wirtschaft heraus. Für Lehrerinnen und Lehrer ist dies insofern sehr angenehm, da ein mehrstufiges Komplettangebot zur Verfügung steht: Es wird Unterrichtsmaterial bereitgestellt, die Lehrerinnen und Lehrer können beim Handelsblatt einen Newsletter beziehen, es werden ganze Klassensätze an Materialien zur Verfügung gestellt, täglich stehen aktuelle Artikel zum Download bereit, es werden Kontakte zu sog. Praktikern aus der Wirtschaft angeboten. Unternehmen, Wirtschaftsverbände oder die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft stellen kostenlos Material für die Unterrichtsvorbereitung zur Verfügung. Material, das natürlich zur Vorbereitung gerne genutzt wird, zumal viele Lehrkräfte nicht ausreichend qualifiziert sind.

Aber nicht alles, was auf dem Markt ist, entspricht den Mindestanforderungen politischer Didaktik. Eigentlich sollte im öffentlichen Lernort Schule die kritische Urteilsbildung im Vordergrund stehen. Nicht aber Ideologie und Parteilichkeit.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat ein Unterrichtsheft zur Mitbestimmung in Deutschland (Thema Wirtschaft Nr. 91) veröffentlicht. Das Lernziel aus dem Heft sei zitiert: „Es soll deutlich werden, dass die betriebliche Mitbestimmung sich immer da am besten bewährt, wo die Beteiligten nicht im Traum daran denken, Punkt für Punkt die Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes umzusetzen.“ (S.1). Und weiter: Mithilfe des Betriebsverfassungsgesetzes kann ein Betriebsrat, wenn er will, maßgeblich zum Wohlergehen des Betriebs beitragen. Er kann ihn aber umgekehrt auch – durch stures Beharren auf den unendlich vielen Vorschriften – weitgehend lahm legen. Denn endlose Streitereien verlängern letztendlich auch die Wege bei wichtigen Unternehmensentscheidungen. Die Betriebe vermögen dann nicht schnell genug auf die Erfordernisse des Marktes zu reagieren“(S. 11). “Unbestritten ist auch, das ideologisch eingestellte Betriebsräte – Was für das Unternehmen gut ist, muss für die Arbeitnehmer schlecht sein – durchaus in der Lage sind, Betriebsabläufe empfindlich zu stören.“ (ebd.)

Polemisiert wird über Kosten der Betriebsratsstätigkeit, über Bürokratie und Aufblähung der Apparate der Betriebsräte. Das ist reinste Interessenspolitik und hat in der Schule nichts zu suchen. Nicht alle Prinzipien und Hinweise sind zu kritisieren: aber wer mit diesen Materialien arbeitet, muss wissen, dass sie privater Natur sind, die selbstverständlich auch die theoretischen Annahmen und politischen Interessen der Herausgeber transportieren. So heißt es in der Unterrichtseinheit zur Wirtschaftsordnung lapidar: „Die ökonomische Überlegenheit marktwirtschaftlicher Systeme ist im Vergleich zu zentralverwaltungswirtschaftlichen auf nachdrückliche Weise deutlich geworden. Dies darf allerdings nicht dazu führen, die ebenfalls offensichtlichen Probleme der Sozialen Marktwirtschaft und damit die Notwendigkeit der Weiterentwicklung zu übersehen.“(16)

Interessant wäre die Frage, ob diese Weiterentwicklung in mehr soziale Verantwortung oder mehr Wettbewerb gehen soll, wie soziale Ungleichheit behandelt wird und ob die Darstellung der Wirtschaftssubjekte die strukturellen Benachteiligungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfasst. In einem Gutachten für den Bundesverband deutscher Banken für eine Konzeption Ökonomischer Bildung, an dem ebenfalls das IÖB beteiligt war, heißt es: „Eine wirtschaftliche Ordnung ist wesentlich auf die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ...“(2) Allzu durchsichtig erscheint daher, wenn der Bankenverband verlauten lässt: „Die Vermittlung von Wirtschafts- und Finanzwissen in der Schule erfordert ein eigenständiges Fach“ (M. Weber aus der Geschäftsführung des Verbandes)

Es kann jedoch nicht darum gehen, der ökonomischen Bildung eine Integrations- und Anpassungsfunktion an das bestehende Wirtschaftssystem zuzuweisen. Um mit einer Metapher zu sprechen: Die volkswirtschaftlichen Betrachtungen bzw. das auf die Gesamtwirtschaft bezogene ökonomische Denken beschäftigt sich nicht mit dem Baum (dem Unternehmen oder Betrieb), sondern mit dem Wald als Ganzem. Volkswirtschaftliches und gesellschaftliches Denken fordert die Schüler dazu auf, für sie abstrakt-theoretische Probleme zu erkennen und sich mit alternativen Lösungsansätzen zu beschäftigen und sie zu bewerten.

Bildungsfragen wurden in den letzten Jahren von vielen Interessenverbänden in der Gesellschaft auf Verwertungsfragen beschränkt. Bildung als betriebswirtschaftliches Kapital einerseits und als volkswirtschaftliches Kapital für den Wirtschaftsstandort Deutschland andererseits.

- \* Ökonomie wird in den genannten Materialien zum selbstverständlichen und unhinterfragten Selbstzweck.
- \* Ökonomie erscheint selbstverständlich in ihrer privaten, gewinnwirtschaftlich und kapitalistisch organisierten Form. Alternativen etwa genossenschaftlichen Produzierens erscheinen in aller Regel nicht.
- \* Ökonomie erscheint betriebswirtschaftlich verengt, volkswirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Bezüge kommen zu kurz. Als Leitbild wirtschaftlichen Handelns erscheint der deregulierte Neoliberalismus. Eine Dimension der Kritik bestehender Wirtschaftsmodelle, gar erst der „Kapitalismuskritik“, wird man vergeblich suchen. Oft ist Kritik auf Akzeptanzprobleme oder auf ethischen Probleme marktradikalen Wirtschaftshandelns verengt.
- \* Die Sichtweisen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretungen werden ausgeklammert oder ihre Darstellung verkürzt und einseitig interpretiert.
- \* Schülerinnen und Schüler erscheinen als künftige Verbraucher von Produkten und Dienstleistungen, nicht aber als eigenständige Akteure – Schülerorientierung findet im seltensten Fall statt.
- \* Häufig findet sich eine affirmative, beschreibende Herangehensweise, die im besten Fall funktional erklärt, aber nicht umfassend problematisiert und damit Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit nimmt, urteilsfähig zu werden und eigene Handlungs- und Gestaltungsoptionen zu entwickeln.

### **Ökonomische und gesellschaftliche Bildung an allgemeinbildenden Schulen**

Es ist allgemeiner Konsens in der Bundesrepublik, dass politische Bildung einen pluralistischen Ansatz zu verfolgen habe, dass sie unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen sei, dass sie auf globale Zukunftsaufgaben vorbereite und die Demokratie unterstütze (nach dem Münchener Manifest der Landeszentralen für politische Bildung von 2007). Auf Wolfgang Klafki (3) u.a. gehen die didaktischen Prinzipien politischer Bildung zurück:

- \* Exemplarisches Lernen
- \* Schülerorientierung
- \* Problemorientierung
- \* Kontroversität
- \* Handlungsorientierung
- \* Wissenschaftsorientierung
- \* Zukunftsorientierung.

Der „Beutelsbacher Konsens von 1976 hat mit den Prinzipien „Überwältigungsverbot“ und „Kontroversität“ zwei unverzichtbare didaktische Prinzipien benannt, die nach wie vor uneingeschränkte Gültigkeit beanspruchen können. Sie markieren die Grenze zwischen demokratischer politischer Bildung und Indoktrination. Am Ende einer Unterrichtseinheit müssen mehrere Lösungen für ein soziales, politisches oder ökonomisches Problem stehen. Die Wahl des „besten“ Weges kann und soll den Schülerinnen und Schülern nicht abgenommen werden, sondern muss ihrem bzw. seinem eigenen Urteil überlassen bleiben.

Ökonomische Bildung, die auf reines Vermitteln technischen Wissens beschränkt und die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge ausblendet, trägt kaum zu der Entwicklung der kritisch – reflexiven Handlungskompetenz bei, die in der Didaktik der politischen Bildung zu Recht gefordert wird. Diese Grundsätze sprechen für eine „ganzheitliche“ Bearbeitung ökonomischer Fragestellungen. Gerade die tiefe Verunsicherung, die durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bei den „Experten“ wie in der Gesellschaft ausgelöst wurden, gerade die vielen grundsätzlichen Fragen nach den Ursachen der Krise, ihrer möglichen Überwindung und die durch die Krise verschärften Ungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich sowie zwischen Nord und Süd, die nachweisbaren Umweltzerstörungen marktwirtschaftlichen Handelns begründen diesen umfassenden Ansatz:

Ökonomische Bildung macht nur Sinn, wenn unterschiedliche ökonomische Theorien in ihren Aussagen, Interessenbezügen und Reichweiten zur Geltung kommen. Sie muss Schülerinnen und Schüler befähigen, in einer von Interessengegensätzen geleiteten

Gesellschaft eigene Standpunkte zu finden. Sie muss Schülerinnen und Schüler unterstützen, auf unterschiedlichen Ebenen Handlungsperspektiven zu erlangen. Damit sind politische Willensbildungsprozesse ebenso gemeint wie die Kenntnis, Einschätzung und Kritik verschiedener Interessen, Werbestrategien und Finanzprodukte.

Ökonomische Bildung muss auch den Übergang Schule / Beruf thematisieren. Immer wieder hört man die Frage: Sind die Schülerinnen und Schüler, ist die Schule fit für die Arbeitswelt? Natürlich gilt auch der Umkehrschluss: Ist die Arbeitswelt eigentlich fit für die Schülerinnen und Schüler? Der zweite Nationale Bildungsbericht der Bundesregierung nennt die Gestaltung der Übergänge zwischen Schule und Beruf eine große pädagogische Herausforderung: „Junge Menschen auf Übergangentscheidungen gut vorzubereiten und sie bei der Bewältigung des eingeschlagenen Bildungsweges pädagogisch zu begleiten und zu unterstützen, ist auch eine wichtige pädagogische Herausforderung an das Bildungssystem und die dort Lehrenden. Auf diese Aufgaben müssen Lehrerinnen und Lehrer sowie Ausbilder und Ausbilderinnen gezielter als bisher vorbereitet werden. Dazu reichen die üblichen Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen nicht aus“(4).

Dies bedeutet aber auch, dass die kritischen Anteile politischer Bildung nicht einem affirmativen Konzept wirtschaftlicher Betrachtungsweisen geopfert wird. Es geht um ein Primat des Politischen, auch in der Betrachtung und Bearbeitung ökonomischer Fragestellungen.

- Wie gestaltet sich die Arbeitswelt praktisch? (Welche Anforderungen sind zu erwarten? Welche Mitwirkung am Arbeitsplatz ist möglich und nötig? Welche Chancen bestehen, eigene Ideen einzubringen?);
- Mit welchem Know-how, mit welchen Techniken wird heute in Produktion und Dienstleistung gearbeitet? (Welchen Stellenwert nimmt dabei Kommunikation, Medienkompetenz, Wissenserschließung, Wissenstransfer und soziale Kompetenz ein?); welche Rolle spielt der Mensch als Produzent wirtschaftlicher Güter?
- Was ist das Ziel der Wirtschaft? (Welche Kräfte stehen sich gegenüber? Welchen Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten folgt der Markt? Wo sind und wo müssen Grenzen gesetzt werden? Welche Wege stehen dazu zur Verfügung?);
- Welche sozialen und ökologischen Folgen resultieren aus Marktradikalismus und Neoliberalismus, wie verändern sich globale politische und wirtschaftliche Beziehungen? Gibt es Möglichkeiten, die sozialen und ökologischen Risiken zu begrenzen?
- Welche Rolle spielt der Mensch im Markt als Verbraucher? (Welche Wirkungen zeigt sein Marktverhalten? Welche Kompetenz ist erforderlich und welche Rechte stehen zur Verfügung, hat er Einfluss auf die Entwicklung von Gütern und Dienstleistungen?);
- Welche neuen, interessanten und zukunftssicheren Berufe gibt es? (Dazu müssen nicht nur formale Qualifizierungswege aufgezeigt werden, sondern entschieden mehr thematisiert werden, wie eine chancenreiche Lebens- und Berufswegplanung aufgebaut werden muss)

## Literatur

---

1 BDA / BDI 2008, Bildungsagenda Schule 2008, Ökonomische Bildung (6 – Punkte – Katalog) o.O., o.J.

2 Kaminski, Hans, Eggert, Katrin (Institut für ökonomische Bildung), Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II (im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken), Berlin, Mai 2008, S. 7

3 Vgl. u.a. Klafki, Wolfgang [u.a.]: Funkkolleg Erziehungswissenschaft, 3 Bde., Weinheim 1971

4 Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2008, Bielefeld 2008, S. 165

## Links:

---

[www.ioeb.de](http://www.ioeb.de)

(Institut für ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg)

[www.wirtschaftundschule.de](http://www.wirtschaftundschule.de)

(eine von der Wirtschaft finanzierte und durch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft weitgehend betriebene Internetplattform zur Unterstützung der Arbeitgeberinitiativen im schulischen Bereich)

[www.handelsblattmachtschule.de](http://www.handelsblattmachtschule.de)

(täglich bietet das Handelsblatt den Schulen Unterrichtsmaterialien an)

---